

An die
Redaktionen
Aktuelles und Politik

30. August 2013

PRESSEINFORMATION

Sinti und Roma erwarten Erklärung des Bundestages bei der Debatte zum NSU-Abschlussbericht wegen öffentlicher Falschverdächtigung

Der **Deutsche Bundestag** wird am kommenden
Montag, den 2. September 2013 ab 16.30 Uhr

über den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses beraten und beschließen.

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, wird dabei auf der Tribüne im Sitzungssaal des Plenums anwesend sein.

In Anbetracht des besonderen Kapitels in dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses über die öffentliche Falschverdächtigung in dem Fall Kiesewetter und den Fahndungsmaßnahmen gegen Sinti und Roma im In- und Ausland, bei der auch der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz beteiligt waren (Seiten 644 ff. des Abschlussberichts), erwartet der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma von den Fraktionen des Bundestags eine gemeinsame Erklärung des Bedauerns und der Entschuldigung gegenüber den betroffenen Angehörigen der Minderheit. Der leitende Staatsanwalt hatte auf die ausdrückliche Frage des Untersuchungsausschusses eine Entschuldigung abgelehnt.

Für vollkommen unakzeptabel hält es der Zentralrat, dass nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses die öffentliche Fahndung gegenüber der Minderheit - mit schikanösen Kontrollen, massenhaftem Erheben von DNA-Proben etc. - fortgesetzt wurde, obwohl bereits bekannt war, dass die DNA-Spur des sog. „Phantoms“ falsch war. Hier sei das alte Feindbild bei den Behörden wieder zum Tragen gekommen. Neben einer Aufarbeitung innerhalb der Behörden wird es erforderlich sein, dass die über Sinti und Roma unrechtmäßig gesammelten Daten und DNA-Proben vernichtet werden, fordert der Zentralrat.

Arnold Roßberg
(Justiziar)
Tel. 0151 1541 4365
E-Mail: arnold.rossberg@sintiundroma.de